



## Glarner Landsgemeinde bekennt sich zum Tourismus

*Die serbelnden Bergbahnen in Elm und Braunwald erhalten staatliche Unterstützung*

JÖRG KRUMMENACHER, GLARUS

Gut zwei Drittel der Bergbahnen in der Schweiz sind ohne Unterstützung der öffentlichen Hand nicht mehr überlebensfähig. Daran ändert auch die relativ gute abgelaufene Wintersaison nichts. Zu den Sportbahnen, die nötige Investitionen längst nicht mehr selbst stemmen können, gehören auch die beiden mittelgrossen Unternehmen in der Gemeinde Glarus Süd: Elm und Braunwald. Sie gelten für den Kanton Glarus als «systemrelevant».

Ihre zentrale Bedeutung für den Tourismus und den Erhalt Hunderte Arbeitsplätze auch in nachgelagerten Betrieben war denn auch in der ausführlichen Diskussion an der Landsgemeinde unbestritten: Sie seien wichtig und identitätsstiftend – nicht nur für Glarus Süd, sondern für den ganzen Kanton. Alternativen zur staatlichen Unterstützung gebe es nicht. «Würde sie wegfallen, wäre das Leben in diesen Dörfern nicht mehr wie vorher», beschwor FDP-Ständerat Thomas Hefti das Glarner Stimmvolk. Andere Kantone unterstützten den Tourismus zum Teil noch viel stärker als Glarus. «Wenn wir wollen, dass Glarus Süd ein touristisches Nahziel bleibt, sollten wir nicht zuwarten, bis in Elm und Braunwald Lichterlöschen ist.»

### Wider liberale Prinzipien

Geht es um den Schutz eigener Interessen, lässt die Glarner FDP die Grundprinzipien gerne einmal unberücksichtigt. An der Landsgemeinde blieb es der GLP vorbehalten, darauf hinzuweisen,

dass die Mitfinanzierung privater Unternehmen mit öffentlichen Geldern keineswegs liberal sei. Zudem vermisste die GLP bei den Bergbahnen eine konkrete Strategie, wie und mit welchen neuen Infrastrukturprojekten diese die Zukunft meistern wollten. Es gehe nicht an, die Katze im Sack zu kaufen. Der Rückweisungsantrag der GLP blieb beim Stimmvolk indes chancenlos.

Letztlich hiess das Stimmvolk das Konzept von Regierung und Landrat deutlich gut. Es sieht die Gründung einer Gesellschaft unter dem Titel «Finanzinfra» vor. Der Kanton zeichnet Aktienkapital in Höhe von 2,5 Millionen Franken und damit einen Anteil von 64 Prozent. Die Gemeinde Glarus Süd und die beiden Bergbahnen steuern den Rest bei. Zusätzlich stellt der Kanton 10 Millionen Franken für noch zu tätige Investitionen bereit.

### Gesetz geändert

Damit er diesen Betrag überhaupt aufwenden darf, hat die Landsgemeinde auch eine Änderung des Tourismusgesetzes beschlossen: Neu kann sich der Kanton mit 40 Prozent statt wie bisher 25 Prozent an der Finanzierung touristischer Infrastrukturen beteiligen.

Insgesamt geht der Kanton Glarus davon aus, dass die beiden Bergbahnen in den nächsten zehn Jahren 25 Millionen Franken für Investitionsvorhaben benötigen. In Elm, das vom Tagestourismus lebt, ist eine Beschneigungsanlage in Diskussion, was von den Grünen und der GLP als ökologisch höchst problematisch kritisiert wird. Braun-

wald, das wieder mehr Übernachtungen generieren möchte, plant eine Ganzjahres-Freizeitanlage mit Sommerspielplatz und neuem Alpsee. Die Glarner Behörden versprechen, an die Projekte hohe Anforderungen zu stellen. Die Entscheide über die Freigabe der Mittel obliegen dabei dem kantonalen Parlament, dem Landrat.

Voraussetzung dafür, dass die Bergbahnen die nötigen Gelder erhalten, sind zudem ein nachhaltig operierender Betrieb sowie ein seriöses Sanierungskonzept. Der Kanton zeigt sich hier bereit, zusätzlich auf die Rückzahlung ausstehender Darlehen in Höhe von 5,2 Millionen Franken zu verzichten. Er erwartet aber auch von privaten Geldgebern ein Entgegenkommen. Letztlich bedeuten die Entscheide der Landsgemeinde nichts anderes, als dass der Kanton Glarus die Kontrolle und Verantwortung für das Gedeihen der beiden Bergbahnen übernimmt.

### Geld auch für Lintharena

Grosszügig zeigte sich die Landsgemeinde bei besten Wetterbedingungen auch gegenüber der maroden Freizeitanlage Lintharena. Stillschweigend genehmigte sie für die Sanierung der Anlage einen Kredit von 17 Millionen Franken und weitere 6 Millionen für deren Ausbau. Ebenfalls diskussionslos hiess das Stimmvolk die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips gut, womit sich Glarus in die grosse Mehrzahl jener Kantone einreihet, die sich einer transparenten Informationspolitik verpflichtet fühlen.